

Referent*innen (m/w/d) für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Bischöfliches Ordinariat, Bischöfliches Jugendamt, Vollzeit, befristet, Kennziffer 101 / 2022, Bewerbungsschluss: 04.12.2022

Das Bischöfliche Jugendamt Mainz sucht zum 01.01.2023

Referent*innen (m/w/d)

mit 39 Wochenstunden/Arbeitszeit

für die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Regionalstelle Mitte

mit Dienstsitz in Mainz

Kennziffer 101 / 2022

Die Stelle ist auf Grund einer Projektförderung zunächst bis zum 31.12.2024 befristet, eine Verlängerung der Förderung von Bund / Land wird angestrebt.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz setzt sich ein für eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur.

Die Beratung erfolgt u. a. mit dem Ziel, Beratungssuchende in ihrem Engagement gegen rechtsautoritäre und menschenfeindliche Ideologien und Bewegungen in ihrem persönlichen, sozialen und beruflichen Umfeld zu stärken.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz wird gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und dem Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz und ist bei freien Trägern in Regionalstellen angesiedelt.

Sie unterstützt als unabhängige Einrichtung Einzelpersonen, Organisationen und Institutionen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, rechtsautoritären Bewegungen, Verschwörungsnarrativen und Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Zu den Aufgaben gehören insbesondere:

- Psychosoziale Beratung bzw. Prozessbegleitung zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteur*innen im Bereich des Engagements für Demokratie und gegen die extreme Rechte sowie Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Beobachtung und Analyse von Phänomenen und Problemstellungen mit extrem rechten Hintergrund
- Sensibilisierung der lokalen und regionalen Zivilgesellschaft für autoritäre Entwicklungen (Sensortätigkeiten)

- Moderation von Verständigungsprozessen zwischen demokratischen Akteur*innen, u. a. zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltungen auf kommunalen Ebenen
- Vermittlung von Fachwissen u. a. in Form von Vorträgen, Seminaren, Fortbildungen und Fachveranstaltungen
- Kontaktpflege und fachlicher Austausch im Netzwerk der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und mit Beratungsstrukturen sowie Gremien- und Netzwerkarbeit mit Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
- Öffentlichkeitsarbeit, Mitwirkung an Publikationen und Erstellung von Analysen und Problembeschreibungen für Einzelfälle sowie zu sozialräumlichen und kommunalen Problemlagen in oben genannten Themenfeldern

Wir bieten:

- Mitarbeit in einem kreativen und hochprofessionellen Team vor Ort und im entsprechenden Landesnetzwerk
- Eine interessante und vielseitige Tätigkeit
- Fort- und Weiterbildungen sowie Supervisionen und kollegiale Fallberatung
- Eine familienbewusste Personalpolitik zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Eine freundliche und teamorientierte Arbeitsatmosphäre
- Möglichkeit der Teilnahme an Exerzitien
- Kirchliche Zusatzversorgung
- Jobticket (Verkehrsverbünde MVG und RNN)
- Eine Vergütung nach der Arbeitsvertragsordnung (AVO) des Bistums Mainz in Verbindung mit dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD, EG 11)

Von den Bewerber*innen erwarten wir:

- Mit einem Bachelorgrad oder gleichwertigem Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium der Sozialwissenschaft, Politikwissenschaft oder vergleichbaren Studienabschluss bzw. vergleichbaren Abschluss
- Erfahrungen und Kompetenzen im Bereich der Beratung, Moderation und Motivation verschiedener Akteur*innen im Gemeinwesen
- Vertrautheit mit dem systemischen Beratungsansatz
- Kenntnisse im Bereich des Rechtsextremismus (Phänomen und Auswirkungen) wie z. B. gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, digitale Netzkultur und rechtsextreme Gruppierungen
- Erfahrungen im Konflikt- und Projektmanagement im Bereich zivilgesellschaftlicher Prozesse sowie Demokratiebildung
- Psychische Resilienz in einer professionalisierten Auseinandersetzung mit der Thematik Rechtsextremismus
- Kompetenzen zur Integration und Vernetzung von Akteur*innen vor Ort
- Betroffenensensible, diskriminierungskritische und selbstreflexive Haltung
- Analytisches Arbeiten
- Kompetenzen in der Konzeptentwicklung und im Projektmanagement
- Erfahrungen in der Erstellung von Texten
- Organisatorische Fähigkeiten
- Eigenständiges Arbeiten mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein
- Kommunikative und ausgeprägte Sozialkompetenz

- Teamfähigkeit
- Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten, auch abends und am Wochenende
- Führerscheinklasse B
- Bereitschaft zu regelmäßigen Fortbildungen und lebenslangem Lernen

Diversität erwünscht: Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Menschen und wünscht sich daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von der ethnischen Herkunft, Geschlecht oder geschlechtlicher Identität, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder der sexuellen Identität.

Schwerbehinderte Bewerber*innen werden bei gleicher Eignung besonders berücksichtigt.

Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten sie bitte bis zum 04.12.2022 an:

Bischöfliches Ordinariat, Personalverwaltung, Postfach 15 60, 55005 Mainz

Mail: bewerbung@bistum-mainz.de

Auskunft erteilt:

Bischöfliches Jugendamt

Sascha Zink

Telefon: 06131/253645

Sascha.zink@bistum-mainz.de

<https://bistummainz.de/berufe/a-job/Referentinnen-m-w-d-fuer-die-Mobile-Beratung-gegen-Rechtsextremismus-in-Rheinland-Pfalz>